

An die
Mitglieder

des Ausschusses für Jugend und Familie

N i e d e r s c h r i f t

öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Jugend und Familie

Sitzungstermine: Dienstag, 19.11.2019
Sitzungsbeginn: 17:03 Uhr
Sitzungsende: 19:27 Uhr
Ort, Raum: Großer Sitzungssaal des Rathauses,
46325 Borken

Es sind anwesend:

Vorsitzende/r:

Kindermann, Evegret

stimmberechtigtes Mitglied des AJF:

Becker, Hildegard	sachk. Bürger/in	
Becker, Maja		
Beckmann, Diana	sachk. Bürger/in	
Biela, Claudia		
Böhr, Benjamin		
Kutzner, Antje	sachk. Bürger/in	Vertretung für Herrn Richard Bahouri
Lansmann, Markus	stv. Ausschussvorsitzender	
Niehoff-Elsing, Birgitta		
Ostendorf, Beate	sachk. Bürger/in	
Stork, Günter	Ortsvorsteher	Vertretung für Herrn Marius Kranenburg
Winter, Matthias	sachk. Bürger/in	Vertretung für Frau Daniela Schmidt- Grewing
Wrede, Georg	sachk. Bürger/in	

beratendes Mitglied des AJF:

Hollstegge, Georg sachk. Bürger/in
 Konopka, Klaus-Dieter
 Schmieder, Jan

Gäste:

Kalfhues, Heike bis einschl. TOP 3
 Kohlruss, Charlotte

Verwaltungsmitarbeiter/in:

Hoffboll, Katja, Fachbereichsleiterin
 Nießing, Norbert, 1. Beigeordneter der Stadt Borken
 Sauret, Sabine
 Schlagheck, Wolfgang, Fachbereichsleiter
 Zachej, Uwe, Fachabteilungsleiter

Schriftführer/in:

Kuhlmann, Doris

Es fehlen entschuldigt:**stimmberechtigtes Mitglied des AJF:**

Schmidt-Grewing, Daniela sachk. Bürger/in

Abgewickelte Tagesordnung:**Öffentlicher Teil**

1 Eröffnung der Sitzung

2 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

3 Vorstellen des Projektes "Junior Ranger" durch beteiligte Kinder

4 Vorstellen des Projektes "Utopia" durch beteiligte Jugendliche

5 Haushaltsplan 2020 - Produktbereich 05.08 - Unterhaltsvorschussleistungen und 06 - Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Vorlage: V 2019/293

6 Jahresstatistik 2018
Vorlage: V 2019/292

7 Einrichten von zwei Großtagespflegestellen in Trägerschaft des Kreis-SportBundes Borken e.V.
Vorlage: V 2019/301

8 Richtlinien für die "Erstattung von Beiträgen zur Alterssicherung und Unfallversicherung an Pflegeeltern"
Vorlage: V 2019/295

9 Gemeinsame Beschwerdestelle der Städte Ahaus, Bocholt, Borken und des Kreises Borken
Vorlage: V 2019/300

10 Mitteilungen der Verwaltung

10.1 Wasserschaden und Sanierung der AWO-Kita

11 Anfragen an die Verwaltung

11.1 Anfrage der CDU-Fraktion: Betreuungssituation in der Kindertagespflege und in den Kindertageseinrichtungen

11.2 Verabschiedung von Fachbereichsleiter Wolfgang Schlagheck

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Ausschussvorsitzende Frau Kindermann begrüßt die Anwesenden, eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Vor Eintritt in die weitere Tagesordnung verpflichtet sie **Herrn Jan Schmieder** (sachkundiger Bürger mit beratender Stimme / Jugendamtselternbeirat) durch Nachsprechen der Eidesformel zur gewissenhaften Wahrnehmung seiner Aufgaben als neues Ausschussmitglied.

zu 2 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

Eine Bürgerin fragt, wie mit Datenschutzerklärungen bei Projekten der Jugendarbeit umgegangen werde. Sie musste feststellen, dass bei Fotos differenziert werde.

Frau Sauret erklärt, dass der Stadt Borken der Facebook-Auftritt sehr wichtig sei. Bei kleinen Projekten des Jugendhauses werde keine Einverständniserklärung eingefordert. Bei geförderten Projekten habe eine Öffentlichkeitsarbeit zu erfolgen. Ein Ausschluss von Kindern oder Jugendlichen aufgrund fehlender Datenschutzerklärung solle vermieden werden. Interessierte Kinder oder Jugendliche sollen nach erfolgter Absprachen mit den Erziehungsberechtigten zur Teilnahme motiviert werden. Mit dem Umgang mit Medien werde sehr vertrauensvoll umgegangen.

Auf Anfrage der Bürgerin erklärt **Frau Sauret** weiter, dass die Schulen ihre Schülerinnen namentlich kennen. Oft werde schon bei der Erstanmeldung des Kindes bei der Schule die Abgabe der Datenschutzerklärung eingefordert.

zu 3 Vorstellen des Projektes "Junior Ranger" durch beteiligte Kinder

Sozialarbeiterin **Charlotte Kohlruss** und Frau **Heike Kalfhues**, als zertifizierte Waldpädagogin, stellen das Projekt „Junior Ranger“ vor. Zusätzlich erzählt eine Delegation von drei „Junior-Ranger“ von ihren Erlebnissen.

Jeweils eine Woche in den Sommer- und Herbstferien verbrachten Kinder und Jugendliche im Wald bzw. auf einer Streuobstwiese, um diese Lebensräume zu erforschen.

Die vortragsbegleitende Präsentation ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

zu 4 **Vorstellen des Projektes "Utopia" durch beteiligte Jugendliche**

Projektleiter Hennig Lütjann und **Sozialarbeiterin Mira Kamps** stellen das Projekt „Auf nach Utopia“ vor, welches in der letzten Herbstwoche als Ferienangebot für junge Erwachsene zwischen 13 und 16 Jahren angeboten wurde.

Die teilnehmenden Jugendlichen wurden in dieser Ferienfreizeit in 4 Gruppen bzw. 4 Länder eingeteilt. Jedes Land stellte für sich Regeln und Gesetze auf, die für sie wichtig waren und setzten individuelle Schwerpunkte.

Zehn Jugendliche, die zwei Länder verkörperten, stellten dem Ausschuss jeweils ihr Land vor.

Dabei handelt es sich zum einen um das Land Stoeseke (Wortwahl gewählt aus der Herkunft der Teilnehmenden aus Stadtlohn, Oeding und Weseke) sowie der parlamentarischen Monarchie „Kanto“.

Themenschwerpunkte des Landes „Stoeseke“ waren u.a.:

- Gleichberechtigung, gleiche Bezahlung Frau + Mann
- Kirchenaustritt und gesellschaftliche Anerkennung, z.B. bei Erzieherin im kath. Kindergarten
- Erbschaftsteuer
- Versteuerung von Haustieren und Kleintieren
- Bessere Bezahlung bei Sozial- u. Pflegeberufen
- Höhere Versteuerung von Tabak + Alkohol um Suchtrisikien vorzubeugen
- Zuschüsse für Sozialschwache
- Ablauf Mindesthaltbarkeit = Spende an Tafel

Themenschwerpunkte des Landes „Kanto“ waren u.a.:

- Autowirtschaft und alternative Energien
- Umweltbewusstes Handeln, regionale Produkte in Supermärkten, Subventionen an Läden mit unverpackten Gütern
- Plastiksteuer, Tabak- und Alkoholsteuer
- Maut für Raser
- Kostenlose Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs
- Krankenversicherung = staatlich, keine Zweiklassen-Gesellschaft

In der Ferienfreizeit wurde u.a. ein Planspiel initiiert, unter der Bedingung gleicher Finanzlage der Länder, mit entsprechenden Problemszenarien, z.B. einer Flüchtlingswelle.

Eine Wiederholung dieses Projektes wurde von den Teilnehmenden gewünscht. Es sollte eine Erweiterung des Teilnehmerkreises auf 17 Jahre erfolgen.

zu 5 Haushaltsplan 2020 - Produktbereich 05.08 - Unterhaltsvorschussleistungen und 06 - Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Vorlage: V 2019/293

Herr Nießing erläutert, dass es bei dem Budget 06 um das größte Budget im Haushaltsplan 2020 handelt. Der Haushaltsausgleich konnte erzielt werden bei konstanter Steuerlage. Es sei im nächsten Jahr keine Anhebung von Steuern und Gebühren geplant.

Herr Nießing stellt anhand der als Anlage beigefügten Präsentation die wesentlichen Verbesserungen und finanziellen Verschlechterungen im Ergebnisplan vor. Dabei ging er insbesondere auf die Entwicklung der Einkommenssteuer und der Anzahl sozialversicherungspflichtige Beschäftigte ein.

Herr Lansmann hinterfragt die Präsentation und stellt fest, dass sozialversicherungspflichtige Frauen, die ihr Kita-Kind betreuen lassen, mit deren Einkommenssteuer einen Kita-Platz finanzieren.

Herr Nießing bestätigt dies.

Frau Biela fragt, was unter dem Ziel Nr. 2 „Schutz vor rechtl.bestimmten Gefährdungen“ des Produktes 06.02.01 zu verstehen sei.

Herr Zachej antwortet, dass es sich dabei um Maßnahmen nach § 14 SGB VIII handelt, wie z.B. Suchtaufklärung oder Präventionsmaßnahmen gegen Missbrauch.

Auf Anfrage von **Frau Biela** erläutert **Frau Sauret**, dass es sich bei den Zuschüssen des Produktes 06.02.01 SK 53180000 um Förderungen handelt, die Veranstaltungen für Kinder und Jugendliche betreffen, z. B. im Jugendhaus. Dort sei man gut aufgestellt.

Frau Kindermann fragt an, ob das „Jugendforum“ mit 5.000 EUR im Haushaltsplan veranschlagt wäre.

Frau Sauret informiert darüber, dass dies unter dem Punkt „Jugendbeteiligung“ (Produkt 06.02.01 SK 53310000) zu finden sei. Darunter sei auch das Projekt Skateranlage zu finden. Der „Bikerpark“ würde über den Jugendwerks-Etat finanziert. Die dortige Jugendbeteiligung läuft derzeit noch, Fördermittel wurden beantragt.

Frau Sauret wies darauf hin, dass das Projekt „Utopia“ hinzugekommen sei.

Frau Kindermann wünscht sich diesbezüglich eine Mitteilung an die Politiker, wenn eine Umschichtung der finanziellen Mittel erfolge.

Herr Böhr stellt fest, dass die Jugendpartizipation zwar durch das Projekt „Utopia“ gelebt wurde, doch keinen grundsätzlichen Ersatz darstelle.

Frau Sauret erläutert, dass es zur Jugendbeteiligung einen politischen Auftrag gebe, aber kein „entweder oder“

Beschluss:

Dem Rat wird empfohlen, den Produktbereichen 05.08 und 06 zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmige Annahme.

**zu 6 Jahresstatistik 2018
Vorlage: V 2019/292**

Herr Zachej stellt die Jahresstatistik 2018 vor. Insbesondere verwies er auf die weiter steigenden Fallzahlen im Bereich der Eingliederungshilfe nach § 35 a SGB VIII. Darunter fallen Hilfemaßnahmen für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche, die beispielsweise an LRS, Rechenschwäche, Autismus oder Asberger-Syndrom leiden.

Frau Biela fragt, ob die Straftaten (S. 21) z.B. in Weseke stattfanden oder von Wesekern begangen worden seien.

Herr Zachej gibt an, dass es um die Kinder und Jugendliche geht, die die Straftat begangen haben.

Frau Biela fragt weiter, ob es eine Statistik gebe, die die Zeit der Straftat dokumentiert.

Herr Hollstegge erläutert, dass es keine Statistik in diesem Bereich gebe. Die Kriminalität finde zeitlich statt, wenn Kinder bzw. Jugendliche sich der Aufsicht entziehen. Man könne dies schlecht an Zeiten festmachen. Die Straftaten finden jedoch eher abends bzw. im Freizeitbereich statt, weniger während des Schulbesuches.

Herr Lansmann geht auf das Vorwort des Jahresberichtes (S.3) ein und wünscht sich mehr Unterstützung bei der Migration.

Herr Nießing stellt klar, dass es der Verwaltung ein Anliegen sei, unsere Werte und Normen den minderjährigen Kindern mit Migrationshintergrund zu vermitteln. Deswegen würden die Kinder rechtzeitig und intensiv durch Kita oder Schule betreut, damit übliche Sitten, Gebräuche und Werte vermittelt werden können.

Auch die Arbeit der BezirkssozialarbeiterInnen bzw. die Arbeit der mobilen Quartierssozialarbeit sei durch eine ganzheitliche Sichtweise geprägt.

Herr Schlagheck führt weiter aus, dass bekanntlich im Jahr 2015 rd. 100 UMA-Kinder zügig in eine Kita-Betreuung aufzunehmen gewesen seien. Die Kita Frederike-Fliedner wurde seinerzeit um die vierte Gruppe erweitert und das Duesberg-Forum provisorisch als Kita hergerichtet. Im Ergebnis konnte jedem Kind eine Aufnahme in die Kita innerhalb von 6 Monaten ermöglicht werden. Es sei nunmehr die Arbeit des Personals, die Kompetenzen rechtzeitig zu erkennen und zu fördern bzw. zu fordern. Wichtig sei auch die Präsenz der Schuljugendarbeit.

Herr Lansmann regt an, Migranten als Multiplikatoren miteinzubinden.

Herr Nießing berichtet, dass Migranten, die der deutschen Sprache mächtig sind bereits Ansprechpartner für uns seien, teilweise als Dolmetscher fungieren. Versuche ausgebildete Sozialarbeiter in diesem Bereich zu gewinnen scheiterten aufgrund fehlender Qualität.

Er verwies auf den Ausschuss Generationen, Soziales und gesellschaftliche Integration.

Beschluss:

Die Jahresstatistik 2018 wird zur Kenntnis genommen.

zu 7 Einrichten von zwei Großtagespflegestellen in Trägerschaft des KreisSportBundes Borken e.V. Vorlage: V 2019/301

Herr Schlagheck berichtet, dass die Platznachfragen im laufenden Kita-Jahr 2019/2020 bislang erfüllt werden konnten. Zum Kita-Jahr 2020/2021 werden weitere U3-Plätze in den Stadtteilen Borken und Gemen dringend benötigt.

Zur Einrichtung zweier Großtagespflegestellen soll das städtische Haus an der Straße Auf der Flüt genutzt werden.

Das Gebäude werde rechtzeitig fertig gestellt sein, jedoch stelle sich die Problematik entsprechendes Personal für die Großtagespflegestelle zu finden.

Es werde jedoch davon ausgegangen, dass passend zum 01.08.2020 die Großtagespflegestellen besetzt werden können.

Vorteil einer Großtagespflege sei, dass keine zusätzlichen Ü3-Plätze geschaffen werden müssten. Mit Errichtung dieser beiden Großtagespflegestellen würden 18 U3-Plätze geschaffen, die auch jederzeit aus dem Betreuungsangebot genommen werden können. Dies biete der Stadt Borken die Möglichkeit, flexibel auf entsprechende Nachfrage zu reagieren.

Beschluss:

Ausschuss für Jugend und Familie

1. Der Ausschuss empfiehlt dem Umwelt- und Planungsausschuss die Verwaltung zu beauftragen
 - a. Das städtische Haus an der Straße Auf der Flüt und dessen Außenbereich für die Errichtung von zwei Großtagespflegestellen herzurichten,
 - b. im Haushalt 2020 die dafür erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von 55.000 EUR bereitzustellen.
2. Der Ausschuss beauftragt die Verwaltung, dem KreisSportBund Borken e.V. die Trägerschaft für die beiden Großtagespflegestellen zu übertragen und eine Zusage für die Übernahme der laufenden Personal- und Betriebskosten zu erteilen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmige Annahme.

**zu 8 Richtlinien für die "Erstattung von Beiträgen zur Alterssicherung und Unfallversicherung an Pflegeeltern"
Vorlage: V 2019/295**

Herr Schlagheck weist kurz in die Vorlage ein. Die Verwaltung benötige einen formalen Beschluss, damit die Abrechnungen im Bereich der Wirtschaftlichen Jugendhilfe für die Erstattung von zukünftigen Beiträgen zur Alterssicherung und Unfallversicherung an Pflegeeltern erstellt werden können.

Beschluss:

Der Ausschuss für Jugend und Familie beschließt die Richtlinien für die Erstattung von Beiträgen zur Alterssicherung und Unfallversicherung an Pflegeeltern gem. § 39 Abs. 3 und 4 mit Wirkung vom 01.01.2020.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmige Annahme.

**zu 9 Gemeinsame Beschwerdestelle der Städte Ahaus, Bocholt, Borken und des Kreises Borken
Vorlage: V 2019/300**

Herr Zachej berichtet, dass die Städte Ahaus, Bocholt, Borken und der Kreis Borken eine Konzeption erstellt haben.

Die Geschäftsführung der Koordinierungsstelle werde vom Fachbereich Jugend, Familie, Schule und Sport der Stadt Borken übernommen.

Er weist darauf hin, dass es sich um eine Maßnahme im Bereich der öffentlichen Jugendhilfe handele. Mit der Beschwerdestelle solle das Ungleichgewicht zwischen diejenigen, die die Hilfe zur Erziehung annehmen und die die Hilfe gewähren, wie z. B. bei Heim-Kindern, beseitigt werden.

Für weitere Details verweist er auf das der Vorlage beigefügte Konzept.

Frau Maja Becker fragt an, ob ein entsprechender Textbaustein bei der Erstellung eines Bescheides verwendet werde.

Herr Zachej bestätigt dies.

Beschluss:

Der Ausschuss stimmt der vorgestellten Konzeption für eine gemeinsame Beschwerdestelle im Bereich der öffentlichen Jugendhilfe der Städte Ahaus, Bocholt, Borken und des Kreises Borken zu und beauftragt die Verwaltung, nach Zustimmung aller Beteiligten, mit der Umsetzung der Konzeption.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmige Annahme.

zu 10 Mitteilungen der Verwaltung

s. Unterpkt.

zu 10.1 Wasserschaden und Sanierung der AWO-Kita

Herr Schlagheck berichtet, dass an einem Wochenende im September zum zweiten Mal Regenwasser in die Räumlichkeiten der AWO-Kita eingedrungen sei. Eine Auslagerung von zwei Kita-Gruppen erfolgte erneut in die ehemalige Pröbstingschule. Auf einer Elternversammlung habe man die Beteiligten über das Angebot eines Shuttle-Transfers informiert, der die Hinfahrt sichert. Eine Abholung der Kinder habe jedoch durch die Elternschaft zu erfolgen.

Ein zwischenzeitlich erstelltes Gutachten kommt zu der Feststellung, dass das Dach nicht mehr funktionsfähig sei und ausgetauscht werden müsse. Weiter befinde sich Wurzelwerk in den Schmutz- und Regenwasserleitungen, so dass auch diese Leitungen saniert werden müssen.

Auch die Beschaffung des Außengeländes müsse geändert werden. Derzeit würde das Gefälle nicht vom Gebäude weg verlaufen, sodass bei Starkregen erneut Regenwasser in das Gebäude eindringen würde. Letzte Woche seien Kanäle freigelegt worden und die Sanierung habe begonnen. Sogenannte Rigolen werden im Erdboden eingelassen. Die Dachsanierung solle nach Abschluss der Kanalarbeiten im laufenden Betrieb erfolgen.

Es werde davon ausgegangen, dass die ausgelagerten Gruppen nicht vor Weihnachten in die Kita zurückkehren können.

zu 11 **Anfragen an die Verwaltung**

s. Unterpkt.

zu 11.1 **Anfrage der CDU-Fraktion: Betreuungssituation in der Kindertagespflege und in den Kindertageseinrichtungen**

Herr Schlagheck berichtet, dass eine Anfrage der CDU-Fraktion bezüglich der Betreuungssituation in der Kindertagespflege und den Kitas vorliege.

Er verweist auf eine Stellungnahme der Verwaltung, die der Niederschrift beigelegt werde.

Er verweist darauf, dass der Wettbewerb um die „Köpfe“ zunehme. Auf dem Arbeitsmarkt seien bereits jetzt und auch perspektivisch nicht im ausreichendem Umfang Fachkräfte zu finden. Aufgrund des demografischen Wandels müsse Deutschland eine gezielte Zuwanderung vornehmen, sowohl im produzierenden Bereich als auch Dienstleistungsbereich, um auch speziell in der Kinderbetreuung über ausreichend Kräfte verfügen zu können.

Hinweis der Verwaltung:

Die Stellungnahme ist als Anlage der Niederschrift beigelegt.

zu 11.2 **Verabschiedung von Fachbereichsleiter Wolfgang Schlagheck**

Frau Kindermann bringt ihre besondere Würdigung für die langjährige Tätigkeit von Herrn Schlagheck nicht nur als Fachbereichsleiter des Fachbereiches Jugend, Familie, Schule und Sport zum Ausdruck und dankt ihm für die langjährige Zusammenarbeit durch Überreichung kleiner Geschenke und einem Blumenstrauß.

Herr Schlagheck bedankt sich bei Frau Kindermann, Herrn Lansmann und den Ausschussmitgliedern für die vertrauensvolle Arbeit.

gez.
Evegret Kindermann
Ausschussvorsitzende

gez.
Doris Kuhlmann
Schriftführerin